Präzendenzfall Kasachstan

Autor(en): **Fink, Til R.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz**

Band (Jahr): **97 (2022)**

Heft 2

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-1005984

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Präzedenzfall Kasachstan

Erstmals in der Geschichte der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) wurde dem Hilfsappell eines Mitgliedsstaates um militärischen Beistand gefolgt. Die von postsowjetischen Staaten gegründete Organisation greift in Kasachstan ein. Warum gerade jetzt?

Hptm Til R.Fink

Kasachstan erlebte zum Jahresbeginn die wohl gewalttätigsten Proteste seit der Unabhängigkeit des Landes im Jahre 1991. Die zunächst noch friedlichen, gegen die Erhöhung der Flüssiggaspreise gerichteten Demonstrationen wurden innerhalb weniger Tage von gewalttätigen Auseinandersetzungen überschattet.

Unter die friedlichen Demonstrierenden mischten sich – gemäss Angaben der Regierung – teilweise bewaffnete und militärisch trainierte Gruppierungen, welche kasachische Sicherheitskräfte attackierten. Die kasachischen Behörden erliessen folglich Schiessbefehl.

Mittlerweile scheint sich die Situation beruhigt zu haben, doch die Frage bleibt, wie es überhaupt so weit kommen konnte.

Die Unruhen in Kasachstan nahmen Anfang Januar ihren Lauf, als die Regierung den Preisdeckel für Flüssiggas (LPG) aufhob und dies rasant steigende Flüssiggaspreise zur Folge hatte.

In Kasachstan sind abgesehen vom Kochen und Heizen auch mit Flüssiggas betriebene Fahrzeuge verbreitet, weshalb die Aufhebung des Preisdeckels mittel- bis langfristig grosse finanzielle Einschränkungen für weite Teile der Bevölkerung mit sich gebracht hätte.

Die Unruhen begannen am 2. Januar 2022 ursprünglich in der westkasachischen Stadt Schanaosen und weiteten sich innert Stunden auf das ganze Land aus.

Die zu Beginn noch ökonomisch motivierten Unruhen wandten sich schnell gegen die grassierende Korruption und Vetternwirtschaft.

Die Wiedereinführung des Preisdeckels auf Flüssiggas am 4. Januar 2022 vermochte die Ausbreitung und Radikalisierung der Unruhen nicht zu verhindern und insbesondere in der Wirtschaftsmetropole und Millionenstadt Almaty radikalisierten sich diese zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und Demonstrierenden.

Bild: dpa/Yan Blagov

Demonstraten vor dem Rathaus in Almaty.

Schnelle Ausbreitung

Zwischen dem 5. und 7. Januar 2022 überschlugen sich die Ereignisse. In Almaty wurde am 5. Januar 2022 die Stadtverwaltung erstürmt, der internationale Flughafen Almatys von Protestierenden besetzt, im ganzen Land das Internet abgeschaltet und Statuen von Langzeitherrscher Nursultan Nazarbayev niedergerissen.

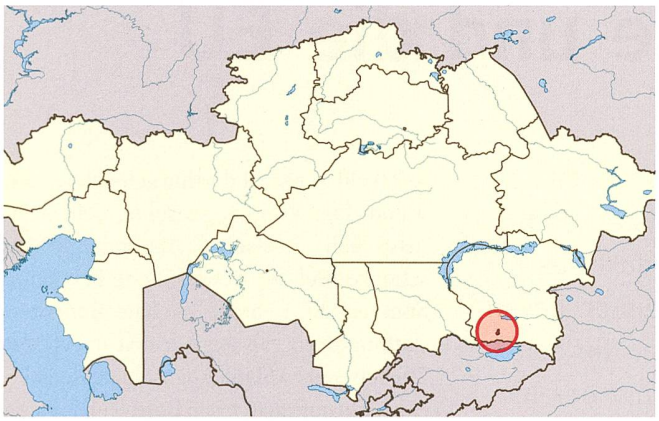
In der Nacht zum 6. Januar 2022 rief der amtierende kasachische Präsident Kassym-Jomart Tokayev das aus postsowjetischen Staaten und von Russland dominierte Militärbündnis OVKS zu Hilfe und bereits wenige Stunden später trafen erste «Friedenstruppen» der OVKS in Kasachstan ein. Am 7. Januar 2022 orderte Tokayev einen Schiessbefehl an, wobei Sicherheitskräfte ohne Vorwarnung das Feuer auf Demonstrierende eröffnen dürfen.

Die kasachische Regierung rechtfertigte dies dadurch, dass alleine auf Almaty gegen 20 000 bewaffnete und militärisch trainierte «Terroristen» vorgedrungen seien. Inwiefern dies zutrifft, ist aus der Ferne nur schwer zu beurteilen.

Ebenfalls am 7. Januar 2022 vermeldete Präsident Tokayev, dass die Situation grossmehrheitlich unter Kontrolle sei und folglich entspannte sich die Situation weiter. Zurück bleiben 225 Tote, eine verwüstete Millionenmetropole und mehr als 10 000 Festnahmen.

Staatsstreich?

Auch mehrere Wochen nach den Unruhen ist die Situation in Kasachstan weiterhin unübersichtlich. Zwar hat die Regierung vordergründig die Kontrolle über das



Epizentrum der Unruhen: Kasachstans Wirtschaftsmetropole Almaty (s. roter Punkt).

Bild: Vladimir Tretyakov

Kasachische Blauhelme in Almaty während der Unruhen: Die UN kritisierte diesen Einsatz scharf.

Land wieder inne, jedoch scheint im Hintergrund ein innenpolitischer Konflikt vonstattenzugehen. Unbestritten ist, dass die soziale Ungleichheit in Kasachstan gross ist und rund 70 Prozent der Bevölkerung in bescheidenen Verhältnissen oder Armut leben.

Ebenfalls sind politische Partizipationsrechte eingeschränkt und die ehemalige Sowjetrepublik hat mit hohen Inflationsraten zu kämpfen. Es liegen also genügend Gründe vor, weshalb Unruhen dieser Art möglich waren. Überraschend ist aber, dass die Proteste schnell das ganze Land erfassten.

Die Zivilgesellschaft in Kasachstan ist aufgrund staatlicher Repressionen nicht sonderlich ausgeprägt, weshalb eine zeitnahe und überregionale Mobilisierung von Demonstrierenden Fragen aufwirft.

Verschiedene Medien argumentieren deshalb, dass Konflikte rivalisierender Eliten zu den Unruhen geführt haben könnten und diese dahingehend zumindest teilweise gesteuert wurden.

Da unabhängige Informationen aufgrund der eingeschränkten Pressefreiheit nur spärlich zugänglich sind, fällt eine vertiefte Ursachensuche schwer. Im Nachgang an die Proteste ist aber feststellbar, dass sich Präsident Tokajev zahlreicher politischer Führungsfiguren entledigte. In diesem Kontext gilt es, den ehemaligen Präsidenten Nazarbayev zu erwähnen, welcher im Jahr 2019 das Präsidialamt nach über 25-jähriger Staatsführung an seinen Nachfolger Tokayev übergab.

Seither übte Nazarbayev im Hintergrund weiterhin grossen Einfluss aus. Auffällig ist, dass Nazarbayev seit den Unruhen untergetaucht ist und Tokajev zahlreiche enge Vertraute Nazarbayevs abgesetzt hat.

Die OVKS und die NATO

Im Kontext der aktuellen Unruhen überrascht insbesondere auch das schnelle und entschiedene Handeln der OVKS. Bei der OVKS handelt es sich um ein aus den postsowjetischen Staaten Armenien, Belarus, Kasachstan, Kirgistan, Russland und Tadschikistan bestehendes Militärbündnis.

Die OVKS beruft sich auf einen Vertrag aus dem Jahr 1992 und wurde 2002 als Organisation offiziell gegründet, um ein Gegengewicht zur Nordatlantischen Allianz (NATO) zu schaffen. Das offizielle Ziel der OVKS ist es, die internationale und regionale Sicherheit im postsowjetischen Raum zur Aufrechterhaltung der territorialen Integrität und Souveränität sicherzustellen.

Russland dominiert die OVKS und hat wirtschaftlich und militärisch innerhalb der Organisation die grösste Bedeutung. In der 20-jährigen Geschichte der Organisation wurde noch nie der Bitte eines Mitgliedsstaates um militärischen Beistand gefolgt. Dieser Aspekt wurde zuletzt deutlich, als auf Armeniens Antrag auf Hilfe durch die OVKS im Konflikt um Bergkarabach nicht eingegangen und die Beistandsklausel der OVKS nicht ausgelöst wurde.

Kasachstan und Russland

Gegenwärtig hält Armenien den Vorsitz der OVKS inne und es war genau Armenien, welches den bewilligten Beistandsantrag zugunsten von Kasachstan öffentlich in den sozialen Medien publik machte.

Das entschiedene Handeln der OVKS hat wohl primär damit zu tun, dass Russland seinen Einfluss in Kasachstan nachhaltig stärken möchte. Putin und der ehemalige kasachische Präsident Nazarbayev unterhielten enge Beziehungen, welche unter dem neuen Präsidenten Tokayev abzukühlen drohten.

Das entschlossene Handeln der OVKS mit dem dominierenden Akteur Russland ermöglicht es Russland, sich für Kasachstan als Schlüsselpartner langfristig zu positionieren.

Zumal die «Friedenstruppen» mittlerweile wieder aus Kasachstan abgezogen sind, hat Russland mit diesem Vorgehen deutlich gemacht, dass auf den «russischen Bären» Verlass ist.

Diese Botschaft kann für progressive zivilgesellschaftliche Akteure in Kasachstan auch als Drohung wahrgenommen werden. Im Weiteren gilt es bezüglich dem unverzüglichen Engagement der OVKS anzumerken, dass damit die russische Position in Kasachstan gegenüber China weiter gestärkt wurde. China und Kasachstan teilen eine mehr als 1800 Kilometer lange Grenze.

Im Zuge der chinesischen «Belt-and-Road-Initiative» steigt Chinas Einfluss in Kasachstan. Russland, welches Kasachstan traditionell als strategischen Partner wahrnimmt, missfällt der steigende chinesische Einfluss in Zentralasien und insbesondere in Kasachstan.

Es kann also abschliessend festgehalten werden, dass das entschlossene Einschreiten der OVKS in Kasachstan keinesfalls Zufall war und dieser historische Präzedenzfall bewusst gewählt wurde. ✚